

## Mißverständlich

*Studie zeigt: Entwicklungshilfe sichert in Deutschland Arbeitsplätze*

Die Botschaft war angekommen. Die Presse titelte: Entwicklungspolitik sichert Arbeitsplätze, Entwicklungshilfe zahlt sich volkswirtschaftlich aus, die Steuergelder für die Dritte Welt sind gut angelegt. Überraschend hatte sich das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) kurz vor der Bundestagswahl, in der heißesten Phase des Wahlkampfes zu Wort gemeldet. Und zwar mit guten Nachrichten, der Deutschen aktuell größte Sorge betreffend: Ohne die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit wären in Deutschland bis zu 240 000 Arbeitsplätze gefährdet. Dies hatte eine vom Bundesministerium in Auftrag gegebene Studie über wirtschaftliche Rückwirkungen der Entwicklungshilfe ergeben.

Die Beschäftigungseffekte, die durch die Entwicklungszusammenarbeit entstünden, seien dabei deutlich größer als bislang vermutet, zeigte sich der noch amtierende Bundesminister *Carl-Dieter Spranger* freudig überrascht. Frühere Gutachten hatten diesen Effekt weitaus geringer eingeschätzt. Das mit der Studie beauftragte Münchner Institut für Wirtschaftsforschung (ifo), das insgesamt 43 repräsentativ ausgewählte Entwicklungsländer untersucht hatte, begründete den positiven Beitrag bilateraler Entwicklungshilfe für deutsche Exporte und die Beschäftigung in Deutschland vor allem mit den *indirekten Wirkungen* der Entwicklungshilfe: Diese funktioniere als „Türöffner“ für deutsche Lieferungen. 80 Prozent der für die bilaterale Entwicklungshilfe aufgewandten Mittel fließen als Aufträge an die deutsche Wirtschaft zurück.

Der Zeitpunkt für die Veröffentlichung der Studienergebnisse war in jedem Fall gut gewählt. Ist doch die Ge-

fahr derzeit besonders groß, daß entwicklungspolitische Belange durch das Raster öffentlicher Aufmerksamkeit fallen, der Probleme „vor der eigenen Haustüre“ wegen völlig in den Hintergrund geraten. Nahezu bedeutungslos im Vorfeld der Bundestagswahlen hat die Entwicklungspolitik auch danach keine Rolle gespielt. Statt dessen waren während der Gespräche zu den Koalitionsvereinbarungen Spekulationen aufgetaucht, der Fortbestand des Bundesministeriums selbst sei gefährdet.

Die Entwicklungspolitiker können nun auch auf diese neuerliche Studie verweisen: gegen die chronische Mißachtung dieses Ressorts, vor allem aber gegen das nach wie vor grassierende Vorurteil, Entwicklungshilfe sei zum Fenster herausgeworfenes Geld, die meisten Entwicklungsländer ein Faß ohne Boden. Entkräftet wurde auch einmal mehr das Vorurteil, mit der Entwicklungshilfe fördere man in den Entwicklungsländern nur die künftige *Konkurrenz* unserer eigenen Wirtschaft. Die ifo-Daten belegen einmal mehr: Es liegt im eigenen Interesse eines Exportlandes, wie es nun einmal Deutschland ist, daß sich die Ökonomien in den Entwicklungsländern entwickeln und so neue Absatzmärkte entstehen. Entwicklungshilfe zahlt sich aus; und nicht nur ihrer langfristigen Folgen wegen, der Eindämmung der globalen ökologischen Probleme etwa oder der weltweiten Krisenprävention.

So wichtig es allerdings ist, diese „Erfolgsmeldungen“ auch öffentlich zu machen – für die politische Begründung und gesellschaftliche Akzeptanz bleiben sie mißverständlich, das Argumentieren mit ihnen ambivalent. Höchst kontraproduktiv und letztlich fatal wäre in jedem Fall der Eindruck, Entwicklungshilfe nutze in erster Linie den Geberländern.

Denn bestätigen diese Erfolgsmeldungen auf der anderen Seite nicht ebenso den Grundverdacht, bei der Entwicklungspolitik handele es sich eben doch nur um verkappte Wirtschaftsförderung? Von daher war es durchaus verständlich, daß Bundesminister Spranger bei der Präsentation der Studiene-

gebnisse eigens betonte: Die positiven Wirkungen auf den Standort Deutschland seien keinesfalls Folgen von Lieferverbindungen, solche gebe es nicht. Die Entscheidungen über Entwicklungsprogramme und -projekte treffe das BMZ ausschließlich nach entwicklungspolitischen Gesichtspunkten. Und nur solche Vorhaben würden gefördert, die für die Partnerländer und die Lösung globaler Zukunftsaufgaben von prioritärer Bedeutung seien, Maßstab und Bezugspunkt sei immer die Verbesserung der Lebensbedingungen besonders für die armen Bevölkerungsschichten.

Die Gefahr besteht dennoch, daß sich die für unsere Wirtschaft positiven „Nebeneffekte“ entwicklungspolitischer Arbeit, das eigene Interesse an dieser immer wieder und immer mehr in den Vordergrund drängt und als entscheidendes Motiv für Entwicklungshilfe und -politik überhaupt erhalten muß, in sogenannten „schlechten Zeiten“ zumal.

Freilich gilt es gerade in diesem schwierigen politischen Bereich jede Blauäugigkeit zu vermeiden, steht doch die Entwicklungspolitik immer schon unter dem besonderen Druck wirtschaftlicher und außenpolitischer Interessen. Dieses Schicksal verbindet sie mit der ihr nahestehenden Menschenrechtspolitik. Entwicklungspolitiker und alle im Bereich der Entwicklungshilfe Engagierte müssen sich ohnehin immer besonders gegenüber dem Grundverdacht verwahren, anfällig für chronische „Appellitis“, besonders anfällig für moralisierende Begründungen und idealistische Argumentationen zu sein. Schwer einzuschätzen aber ist, inwieweit (noch) ein gesellschaftlicher Konsens darüber besteht, daß Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik nötig sind; ein Konsens, der getragen ist von Verantwortungsbewußtsein und vom Willen zur Solidarität, auch über die Grenzen des Landes und des Kontinentes hinaus.

Auch wenn in der Entwicklungspolitik nicht auf die Argumentation mit einem wohlverstandenen Eigeninteresse verzichtet werden kann, bleibt sie den-

noch problematisch. Dies gilt in gleichem Maße für Versuche, mit verschiedenen Bedrohungsszenarien so etwas wie „Zwangssolidarität“ erzeugen zu wollen: der Drohung mit Strömen von Armutsmigranten oder etwa dem ökologischen Kollaps. Gerade die kirchlichen Hilfswerke drängen von daher zu einer weiteren gesellschaftlichen Diskussion und Klärung der ethisch-normativen Begründung von Entwicklungshilfe und -politik. Denn keinesfalls lassen sich alle ihre im wörtlichen Sinne notwendigen Aufgaben und Funktionen mit dem Verweis auf die – auch defensiven – „eigenen Interessen“ begründen, vor allem nicht der strikte Vorrang der *Armutsbekämpfung* in der Entwicklungszusammenarbeit. Gerade aber solche Länder sind von Entwicklungshilfe abhängig, die für unsere Wirtschaft, für den Erhalt unserer Arbeitsplätze – derzeit und wohl noch lange – ohne Bedeutung sind. fo

## Signale

*Der Papst, Edith Stein und Kardinal Stepinac*

In seinem bisherigen Pontifikat hat Johannes Paul II. nicht weniger als 280 Frauen und Männer heilig- und 805 seliggesprochen. Dazu gehören mehrere größere Gruppen von Märtyrern, sei es aus der Zeit der Französischen Revolution oder aus den Christenverfolgungen des letzten Jahrhunderts in Korea und Vietnam, die jeweils gemeinsam zu Heiligen oder Seligen erklärt wurden.

Darüber hinaus lassen sich zwei *Gruppen* von Selig- und Heiligspredungen unterscheiden: Auf der einen Seite Priester und Ordensfrauen, oft Gründer von Ordensgemeinschaften, die außerhalb ihres engeren Verehrerkreises kaum bekannt sind; auf der anderen Seite Menschen, die durch ihr Schicksal für ganze kirchengeschichtliche Epochen stehen und entsprechen-

des Interesse in Kirche und Öffentlichkeit finden.

Zu dieser zweiten Kategorie gehören sicher der frühere Zagreber Erzbischof Kardinal *Alojzije Stepinac* (1898–1960) und die Philosophin und Ordensfrau *Edith Stein* (1891–1942), deren Selig- bzw. Heiligspredung kürzlich im Wochenabstand erfolgten. Den kroatischen Kardinal sprach Johannes Paul II. am 3. Oktober in seiner Heimat, im wichtigsten kroatischen Marienwallfahrtsort Marija Bistrica nördlich von Zagreb, selig. Edith Stein wurde am 11. Oktober in Rom heiliggesprochen, elf Jahre nach ihrer Seligsprechung beim zweiten Besuch Johannes Pauls II. in Deutschland.

Beide Gestalten verweisen auf das Schicksal der katholischen Kirche unter den totalitär-diktatorischen Regimen des 20. Jahrhunderts. Die Breslauer Jüdin Edith Stein, die 1922 katholisch wurde und 1933 in den Kölner Karmel eintrat, wurde 1942 im Konzentrationslager Auschwitz vergast. Alojzije Stepinac war Erzbischof während der Zeit des mit Hitler verbündeten kroatischen Staates unter "Führer" *Ante Pavelić* und wurde dann zum Opfer des kommunistischen Tito-Regimes, das ihn nach fünfjähriger Gefängnishaft bis zu seinem Tod in seinem Heimatort internierte.

Auf die Diskussion um die Rolle von Erzbischof Stepinac im „Unabhängigen Staat Kroatien“ während des Zweiten Weltkriegs ging Johannes Paul II. in seiner Predigt bei der Seligsprechung nur indirekt ein. Er zitierte aus einer 1943 gehaltenen Predigt von Stepinac, in der es hieß, die Kirche unterstütze das System, das so alt sei wie die Zehn Gebote Gottes. In der Person des neuen Seligen, so der Papst, sei die „ganze Tragödie“ zusammengefaßt, die das kroatische Volk und Europa im durch die drei „großen Übel“ Faschismus, Nazismus und Kommunismus gezeichneten 20. Jahrhundert erlitten hätten.

Bei der Heiligspredung von Edith Stein sagte der Papst: „Wenn wir fortan Jahr für Jahr das Gedächtnis der neuen Heiligen feiern, müssen wir uns auch

an die Shoah erinnern, an den grausamen Plan, ein Volk zu vernichten – ein Plan, dem Millionen jüdischer Schwestern und Brüder zum Opfer fielen.“ Ein solches verbrecherisches Tun dürfe sich niemals wiederholen.

Die Auseinandersetzungen um Erzbischof Stepinac als Kirchenführer unter zwei Diktaturen wie um Edith Stein, die katholische Ordensfrau, die in Solidarität mit dem jüdischen Volk in den Tod ging, machen jeweils auf ihre Weise deutlich, daß die Kirche mit ihrem Verhalten bzw. ihrem Schicksal im „Zeitalter des Totalitarismus“ noch nicht im reinen ist. Neben den Märtyrern und unerschrockenen kirchlichen Gegnern von Nationalsozialismus und Kommunismus stehen diejenigen, die sich angepaßt oder sogar kollaboriert haben; neben klaren Worten zu Menschenrechtsverletzungen und grausamen Verbrechen stehen vorsichtig-diplomatische Interventionen und problematische Gesten.

Selig- oder Heiligspredungen können kein Ersatz für intensive historische Forschung zum jeweiligen Weg der Kirche unter totalitärer Herrschaft sein. Ganz im Gegenteil: Sie sollten dazu herausfordern, sich auch den weniger rühmlichen oder sogar dunklen Seiten kirchlichen Verhaltens ehrlich zu stellen. Die Kirche im früher kommunistisch beherrschten Teil Europas kann sich erst seit der „Wende“ diesem Problem zuwenden und ihre eigene jüngere Geschichte differenziert aufarbeiten bzw. bei einer solchen Aufarbeitung mitwirken.

Bleibt die Frage nach Sinn und Bedeutung von Selig- oder Heiligspredungen, die sich gerade angesichts der Häufung solcher Akte im Pontifikat Johannes Pauls II. stellt: Es muß sich in jedem einzelnen Fall zeigen, ob und in welchem Maß die Erhebung von Frauen und Männern zur „Ehre der Altäre“ dazu beiträgt, sie als kirchlich-spirituelle Leitgestalten und exemplarisch herausfordernde Ausprägungen des Christseins im Bewußtsein der Gläubigen zu verankern. Heilige nur für den Heiligenkalender, das wäre zu wenig. ru